

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 6

Ersteinst. Sonntag.
Zeugpreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 2. Februar 1930

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Ruppelgraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

Die Zigarettensteuer und die Arbeitnehmer in der Zigarettenkartonnagen-Industrie.

Wie bekannt, trat mit dem 1. Januar 1930 durch das Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 22. Dezember 1929 eine erhöhte Steuer für Zigaretten, für feingeschnittenen Rauchtobak, für gewisse Sorten Pfeifentabak und für Zigarettenpapier in Kraft. Von den Auswirkungen dieser Steuer wird nicht nur die Tabakindustrie, sondern in ganz erheblichem Maße auch die Zigarettenkartonnagen-Industrie betroffen.

Der Verbandsvorstand hat bereits gegen Ende des vorigen Jahres, als die Steuer im Reichstag beraten wurde, den Reichsfinanzminister auf die Folgen der Zigarettensteuer für die Zigarettenkartonnagen-Arbeiterschaft aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß diese bei den Verhandlungen über das Gesetz mit in den Kreis der Erörterungen einbezogen und darauf Bedacht genommen werden möge, daß die Zahl der bereits existenzlosen Arbeitnehmer in der papierverarbeitenden Industrie nicht noch weiterhin in erheblichem Maße vermehrt werde. Wie es scheint, ist der Reichsfinanzminister nicht geneigt, den durch das Zigarettensteuergesetz bereits arbeitslos gewordenen und noch weiterhin arbeitslos werdenden Kollegen und Kolleginnen der Zigarettenkartonnagenbranche das gleiche Entgegenkommen wie den bei der Zigarettenherstellung beteiligten Arbeitnehmern zu gewähren.

Der Artikel VIII des Gesetzes besagt nämlich folgendes:

„Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Zigaretten- und Rauchtobakgewerbe beschäftigt gewesenem Angestellten und Arbeiter, die nachgewiesenermaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb der Zeit vom 1. Januar 1930 bis 31. März 1931 arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden, ohne daß ihnen angemessene Arbeit zugewiesen wird, erhalten unbeschadet der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für jeden durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitstag, längstens für die Dauer von 26 Wochen, Unterstützungen in der Höhe, daß die Gesamtunterstützung 75 Proz. des entgangenen durchschnittlichen Arbeitsverdienstes aus den letzten 6 Monaten ihrer Arbeitnehmerstätigkeit nicht übersteigt.

Zu diesem Zwecke werden die erforderlichen Mittel in den Reichshaushalt eingestellt.

Die näheren Bestimmungen, insbesondere über Umfang und Bedingungen der Unterstützungen, erläßt die Reichsregierung.“

Ueber die Anwendung dieses Artikels und seine Auslegung in bezug auf die in Betracht kommende Arbeiterschaft ist bis jetzt, wie Zeitungsnotizen besagen, eine Einigung nicht herbeigeführt worden. Soviel haben wir aber bereits in Erfahrung gebracht, daß der Art. VIII des Gesetzes von den Vertretern des Reichsfinanzministeriums eine Auslegung erfährt, die ihm auf keinen Fall gegeben werden darf. Die Herren legen nämlich den Wortlaut des Artikels dahin aus, daß die in Aussicht genommene Unterstützung nur diejenigen Arbeitnehmer der Zigarettenkartonnagen-Industrie erhalten können, die in den Kartonnagenabteilungen der Zigaretten- und Rauchtobakbetriebe direkt beschäftigt sind, während diejenigen, die in Zigarettenkartonnagen-Betrieben tätig sind, sie nicht ausgezahlt erhalten sollen.

Vertreter unseres Verbandes waren zu den über den Artikel VIII geführten Verhandlungen vom Reichsfinanzministerium nicht geladen, obwohl dasselbe durch ein Schreiben vom 20. Dezember 1929 davon unterrichtet war,

daß die Interessen von etwa 10 000 in der Zigarettenkartonnagen-Industrie tätigen Arbeitnehmern teilweise stark gefährdet sind.

Geladen zu der Sitzung waren nur die Vertreter der Tabakarbeiter und solche der Angestelltenvereinigungen.

Der Vorstand unseres Verbandes hat nun, nachdem er von der Stellungnahme der Vertreter des Reichsfinanzministeriums Kenntnis erhalten hat, gegen die Auffassung derselben Einspruch erhoben und erucht, daß ihm in persönlicher Aussprache Gelegenheit gegeben werden möge, über den Zusammenhang der Zigarettenkartonnagen-Industrie und der Zigarettenfabriken die notwendige Aufklärung zu geben. Weiter hat er verlangt, daß bei den ferneren Verhandlungen über den Artikel VIII des Gesetzes eine Vertretung unserer Organisation hinzugezogen wird.

Wenn den Herren im Reichsfinanzministerium die tatsächlichen Verhältnisse und die Zusammenhänge zwischen den Fabriken für Zigaretten und denen für Zigarettenkartonnagen auch nur einigermaßen geläufig wären, dann hätten sie von vornherein ihren jetzigen Standpunkt nicht einnehmen können. Und wenn er ihnen bekannt gewesen sein sollte, dann würde das eine Brückierung von etwa 8000 unserer Kollegen und Kolleginnen in der Zigarettenkartonnagen-Industrie bedeuten.

Ganz roh gegriffen sind etwa 6000 Arbeitnehmer in etwa einem Duzend Zigarettenkartonnagen-Fabriken tätig, die ganz eng verbunden sind mit der Zigarettenfabrikation und teils ein und demselben Konzern bzw. ein und denselben Unternehmungen unterstehen. Eine Reihe weiterer Zigarettenkartonnagen-Fabriken mit etwa 3000 Arbeitnehmern arbeitet fast ausschließlich nur für die Zigarettenindustrie, während nur etwa 1000 Personen in denjenigen Betrieben tätig sind, die nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums der Unterstützung teilhaftig werden, wie sie Artikel VIII des Gesetzes vorsieht.

Wenn das Gesetz wirklich das gewollt haben sollte, was das Reichsfinanzministerium in seine Bestimmungen hineinlegt, dann würde diese Gesetzmacherei als eine außerordentlich saloppe zu bezeichnen sein. Das wollen und können wir vorläufig noch nicht annehmen und wir glauben deshalb, daß das Reichsfinanzministerium von seinem Standpunkt abgehen wird, wenn es die notwendige Aufklärung erhält. Darum erwarten wir eine Hinzuziehung von Vertretern unseres Verbandes bei den weiteren Beratungen über diese Frage.

Kann die Diskontsenkung zur Aufbellebung der Wirtschaft dienen?

Uns wird geschrieben.

Die Reichsbank hat den Diskontsatz erneut ermäßigt, doch leider wieder nur um $\frac{1}{2}$ Proz. auf $6\frac{1}{2}$ Proz. Bekanntlich erfolgte am 7. November bereits eine Ermäßigung in dem gleichen Ausmaß. Die Reichsbank steht zur Zeit gut da. Die Bestände an Wechseln haben sich auf 2280 Millionen Mark ermäßigt. Hierin zeigt sich die geringe Kreditbeanspruchung der Wirtschaft. Einen entsprechenden Rückgang zeigt der Notenumlauf und der Zahlungsmittelumlauf überhaupt. Bekannter betrug am 11. Januar 5887 Millionen Mark. Dagegen hat sich der Bestand an Gold und Devisen erhöht. Die deutschen Geldnoten sind zu rund 60 Proz. durch Gold und Golddevisen gedeckt. So stand einer Diskontsenkung nichts mehr im Wege. Auch aus politischen Gründen war die Zeit zum Handeln gekommen. Nachdem eine Einigung in Haag gefunden wurde, kann zur inneren Kräftigung der Wirtschaft geschritten werden. Hinzu kommt noch, daß fast alle Industrieländer eine Ermäßigung des Diskontsatzes vorgenommen haben. England ermäßigte auf 5 Proz. und die Vereinigten Staaten auf $4\frac{1}{2}$ Proz. Frankreich konnte dauernd einen Diskontsatz von $3\frac{1}{2}$ Proz. durchhalten. Deutschland steht mit seinen Zinssätzen immer noch außergewöhnlich hoch. Auf die Dauer ist es unmöglich, mit so hohen Geldkosten konkurrenzfähig zu bleiben. Auch der soziale Lebensstandard muß darunter leiden.

30 Jahre Verbandsarbeit in Reutlingen.

Am 3. Februar sind dreißig Jahre verflossen, seit unsere Zahlstelle Reutlingen gegründet wurde. An solchem Weibtag hält man gern Rückschau auf die Entwicklung und unterucht, ob sich die manchmal sehr mühevollen Arbeit auch gelohnt hat. Froh und glücklich fühlt man sich dann, wenn man erkennt, daß durch die Organisation, die in sich fest und geschlossen sein muß, schon mancher Erfolg erzielt worden ist.

Der damalige Gauleiter in Stuttgart, Kollege Karl Frey, betreute Anfang 1900 in Reutlingen 19 Kollegen und 3 Kolleginnen als Einzelmitglieder. Diese 22 Verbandsmitglieder faßten am 3. Februar 1900 den Beschluß, eine selbständige Zahlstelle zu gründen. Zu diesem Zwecke wurden alle übrigen Berufsangehörigen in Reutlingen zu einer Versammlung auf den 11. Februar in das Lokal zur „Eintracht“ zusammenberufen. In dieser Versammlung sprach der heutige Verbandsvorsitzende, Kollege Hauelsen, über „Weshalb organisieren wir uns?“ Die Versammlung war von über hundert Personen besucht, sie gab einen würdigen Aufstoß für das Arbeiten der jungen Zahlstelle. Das kleine Häuflein der Gründungsmitglieder erhielt guten Zuspruch, so daß die Zahlstelle mit 35 Kollegen und 5 Kolleginnen ihre Tätigkeit beginnen konnte.

In den folgenden Jahren bis 1904 hatte die Zahlstelle unter mancherlei Schwierigkeiten zu leiden. Der Wechsel in der Verwaltung war ein sehr starker, in der Hauptsache hervorgerufen durch Abwanderung der tätigen Personen. Der Mitgliederstand ging in diesen Jahren bis auf 17 zurück.

Eine wesentliche Besserung trat um die Wende des Jahres 1904 ein, als der damalige Vorsitzende, Kollege Raible, die Mitgliederziffer auf 32 erhöhen konnte. Im Jahre 1905 trat der Kollege Michaelis, der heutige Redakteur unserer „Buchbinder-Zeitung“, wieder an die Spitze unserer Zahlstelle. Dieses Jahr stellte in der Geschichte unserer Zahlstelle einen Wendepunkt dar, denn es konnten die ersten beiden größeren Lohnbewegungen am Ort mit Erfolg zu Ende geführt werden, die für die hiesige Buchbinderarbeiterschaft von größter Bedeutung waren. Es ging dabei um die Anerkennung des Leipziger Tarifses. Die Firma Enßlin u. Raiblin machte wesentliche Zugeständnisse, nachdem fast die gesamte Belegschaft, müde der langen ergebnislosen Verhandlungen, die Kündigung eingereicht hatte. Als Erfolg dieser Bewegung wurde die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden pro Tag herabgesetzt und für die Akkordarbeiter der Leipziger Tarif mit verschiedenen Abzügen durchgeführt. Der Minimallohn wurde für das erste Gehilfenjahr auf 16 Mk., für das zweite Jahr auf 18 Mk., für das dritte und die folgenden Jahre auf 21,60 Mk. und für Spezialarbeiter auf 23,75 Mk. festgesetzt. Diese Vereinbarung bedeutete eine Erhöhung der seitherigen Verdienste um teilweise bis zu 100 Proz.

Nicht so glatt wie bei der Firma Enßlin und Raiblin ging es bei der Firma Robert Warden-schlagler ab. Gangweilige Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Es war hier vor allem der Proturist Busse, der unseren Vertretern gegenüber, unter anderen auch dem Kollegen Dietrich, sehr brüsk auftrat und seinen Chef nicht einmal von nachgesuchten Verhandlungen unterrichtete. Wir sehen noch das entgeisterte Gesicht dieses Mannes, als zum erstenmal ein Organisationsvertreter mit ihm zu verhandeln begann. Mit Drohungen wegen Hausfriedensbruches suchte er sich damals aus der Affäre zu ziehen. Seinem

Verhalten ist es zuzuschreiben, daß sich ein hartnäckig geführter Streik notwendig machte, der am 25. November 1905 begann und erst am 29. Januar 1906 endigte. In diesem Streik waren elf Kollegen und sechs Kolleginnen beteiligt.

Durch die Erfolge dieser beiden Lohnbewegungen hatten auch die unorganisierten Berufsangehörigen den Wert des Verbandes kennengelernt, was sehr zur Kräftigung der Zahlstelle beitrug, die am Ende des Jahres 1905 auf 66 Mitglieder anstieg. Das Jahr 1906 brachte uns dann bedauerlicherweise wieder einen kleinen Rückgang. Erst in den Jahren 1909 bis 1911 war unter der Leitung des Kollegen Eisele eine weitere größere Aufwärtsentwicklung zu beobachten.

Wie überall, so war auch für uns der Völkerring ein schwerer Schlag. Vierzehn unserer organisierten Kollegen blieben auf der Wahlstatt, darunter sämtliche Ortsverwaltungsmitglieder mit Ausnahme des Kassierers. Dieses Amt verwaltete vom Jahre 1900 bis 1906 zur größten Zufriedenheit Kollege Christian Schäfer.

Die ersten Jahre nach dem Kriege sahen auch in Reutlingen Mitgliederzahlen, wie man sie nie

erwartet hatte. Die Berufsangehörigen von Reutlingen und Tübingen wurden unserer Zahlstelle angegliedert. In Scharen kamen die Kollegen und Kolleginnen während der größten Not in der Inflationszeit zum Verband, von dem sie die Rettung erwarteten. Am Jahres-schluß 1922 zählte unsere Zahlstelle einschließlich Reutlingen 350 Mitglieder, eine Zahl, die nach der Stabilisierung unserer Währung und nach dem Erlöschen des Strohfeuers wieder auf 127 zurückging.

Seit Kriegsende mußten manche lohnpolitischen Kämpfe von den Mitgliedern unserer Zahlstelle durchgefochten werden. Die Anerkennung des Reichstarifes und dann die Anerkennung des VDB-Tarifses kamen erst nach langer Zeit zustande. Es waren Angriffs- und Abwehrbewegungen notwendig, die dank der Geschlossenheit unserer Kollegenschaft in Reutlingen fast ausnahmslos mit Erfolg beendet werden konnten.

Unsere Zahlstelle befindet sich seit zwei Jahren wieder in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung, und es ist zu hoffen, daß die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Kollegenschaft auch künftig ein weiteres Vorwärtkommen garantieren wird. Wenn dies der Fall ist, dann braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein. **Vorwärts und aufwärts!** Das ist die Parole der Reutlinger auch weiterhin. E. Sp.

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Entscheidungen des Tarifamtes für das deutsche Buchbindergewerbe.

Akkordtarif.

1. Die Arbeitnehmer der Firma Sp., Berlin, hatten beim örtlichen Schiedsgericht Klage eingereicht wegen nicht richtiger Berechnung der Formatgröße. Die Firma war der Meinung, daß die Formatgröße nach dem roten u n überzogenen Deckel gemessen werden müßte, während die Kläger die Auffassung vertraten, daß die Berechnung nach dem überzogenen Deckel vorgenommen werden muß.

Das Berliner Schiedsgericht entschied am 23. Oktober 1929 wie folgt:

„Bei Schaffung des Tarifses ist es offenbar Absicht des Gesetzgebers gewesen, die fertige Decke als Grundlage der Formatberechnung zu verwenden, da der Kalkulator nur nach dieser die Kalkulation vornehmen kann. Nach Ansicht des Tarif-schiedsgerichts ist in Ziffer 2 des allgemeinen Vorwortes die Bezeichnung „Deckelgröße“ falsch und müßte richtig heißen „Deckengröße“, zumal in den folgenden Tabellen beide Male das Wort Deckengröße verwendet wird.“

Gegen diese Entscheidung des Schiedsgerichts war Berufung beim Tarifamt eingelegt worden. In der Sitzung des Tarifamtes am 10. Dezember 1929 vertraten die Arbeitnehmervertreter die Ansicht, daß unbedingt der jeweils überzogene Deckel der Einbanddecke für das Format maßgebend sein müsse, während sich dieser Ansicht die Arbeitgebervertreter nicht angeschlossen vermochten. Bei der Abstimmung ergab sich somit Stimmengleichheit.

Da eine Entscheidung im Tarifamt infolge dieser Stimmengleichheit nicht herbeigeführt werden konnte, erlangt nunmehr das Urteil des Berliner Schiedsgerichts Rechtskraft.

Berufungsklage der Firma H.-Berlin gegen das Berliner Tarifschiedsgerichtsurteil vom 9. Oktober 1929 bezüglich Perforieren des Kall-Kalenders, bzw. Preisfestlegung für zukünftiges Perforieren von gestanzten Bögen.

Das Tarifamt stellt fest, daß dem Tarifschiedsgericht der einzelnen Preise das Recht nicht zusteht, generell gültige Preise für die Zukunft festzusetzen. Die vom Berliner Tarifschiedsgericht vorgeschlagenen neuen Preise für die vorliegende Arbeit „Kall-Kalender“ können infolge mangelnder Unterlagen nicht nachgeprüft werden. Bei Wiedervorkommen dieser Arbeit empfiehlt das Tarifamt, neue Preisverein-

barungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen.

Antrag des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands-Berlin auf ein Gutachten über Post. 534, Abt. 40, Schutzarten, wegen eines Tarifstreites mit der Firma Fr.-Berlin. Das Tarifamt gibt das Gutachten wie folgt ab:

Bei Post. 533/4 ist im Jahre 1926 bei der Umrechnung des Nachtrages zum Akkordtarif 1925 übersehen worden, den im Nachtrag beschlossenen 25prozentigen Zuschlag auf die bestehenden Preise für An-schmieren mit der Maschine mit Mädchenbedienung hinzuzurechnen. Die Bezahlung hat nach dem jetzigen Tarif dann so zu erfolgen, daß auf die Preise der Post. 533/4 25 Proz. aufzuschlagen sind und dann davon der Mädchenabzug zu erfolgen hat. Für Hand-an-schmieren kommen in diesem Falle nur noch 4 Proz. Zuschlag in Frage.

Die Vorrichter der Firma H. u. D.-Beipzig hängen an Silber bzw. Karten Fätze aus japanischem Seidenpapier und fordern für die sich ergebende Schwierigkeit 25 Proz. Zuschlag.

Das Leipziger Tarifschiedsgericht hat am 25. Oktober 1929 einstimmig entschieden, daß das Tafelhängen an Fätzen aus japanischem Seidenpapier mit 25 Proz. zu bezahlen ist und zwar gemäß Abt. 15 „Allgemeine Bestimmungen für Vorrichter“, worin es heißt: „So weit Schwierigkeiten entstehen, 25 Proz. Zuschlag“.

Gegen dieses Urteil legt die Firma Berufung beim Tarifamt ein und erucht um Ablehnung.

Das Tarifamt beschließt am 10. Oktober 1929 einstimmig, daß für die Verarbeitung von Papierfätzen aus japanischem Seidenpapier 25 Proz. Zuschlag zu zahlen sind.

Berufungsklage der Vorrichter der Firma H. u. D.-Beipzig gegen das Urteil des Tarifschiedsgerichts vom 25. Oktober 1929 bezüglich Bezahlung von Zuschlägen:

1. für das Abheben von Papppapierblättern auf genutete Kartonblätter und
2. für genuteten Karton.

Daß Tarifamt ist einstimmig der Auffassung, daß 1. der vom Tarifschiedsgericht festgesetzte 5prozentige Zuschlag für das Abheben von Papppapier an der Rute der vorliegenden Arbeit angemessen ist, und daß 2. ein Zuschlag für genuteten Karton in diesem Falle nicht in Frage kommt.

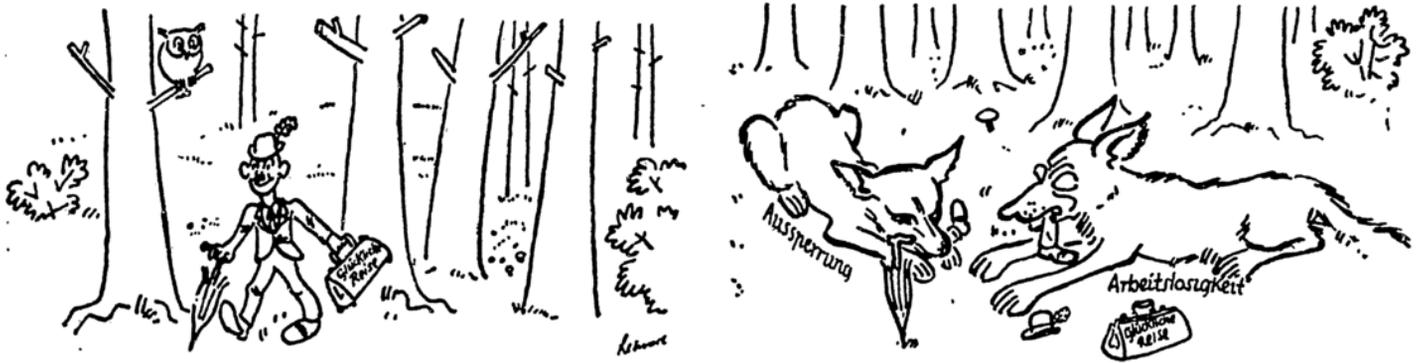
Beipzig, den 10. Dezember 1929.

Das Tarifamt.

Arthur Rummel.

Karl Seiche

Ein Märchen aus der Wirklichkeit.



Es war einmal ein Mann, der wollte nichts von Verband und Solidarität wissen. „Ich werde mich schon selbst durch's Leben schlagen“, sagte er.

„Ja, ja“ sagte der Wolf Arbeitslosigkeit zu seinem Bruder Aussperrung, „es ist nur gut, daß die Dummen nicht alle werden!“

Jugliche Zustände

in München...

Schon wiederholt mußte sich unsere Organisation mit den Zuständen in der Firma Halle-Scharf, München, Kartonnagen-Fabrik, beschäftigen. Verschiedene Male trafen wir uns vor dem Arbeitsgericht, um Streitfälle auszutragen. Fast jedesmal waren wir die Unterlegenen, da die dort beschäftigte Arbeiterschaft nicht den Mut aufbrachte, für ihre Interessen einzustehen und uns obendrein die Zeugenschaft verweigerte. Und dabei sind die Zustände dort derart, daß sie unter jeder Menschwürde liegen.

Die sanitären Zustände spotten jeder Beschreibung. Für 90 Personen stehen in einem Stockwerk nur zwei Aborte zur Verfügung, davon ist der eine nur gegen ein Entgelt von 5 Pf. pro Person zu benutzen, damit die Pukstosen gesperrt werden. Und wie sehen diese Aborte aus! Auch die Arbeitsräume entbehren jede Keimfreiheit.

Gesetzliche Vorschriften scheinen für diese Firma überhaupt nicht zu existieren. So wurden Arbeiterinnen während der Nachtzeit bis 6 Uhr morgens beschäftigt. Erst durch polizeiliches Eingreifen konnte dieser Uebelstand beseitigt werden. Ebenfalls wurden die Pausen für Jugendliche beachtet. Die vorgeschriebenen Verbandstufen für Unfallhilfe sucht man vergeblich. Außerdem beliebt es der Firma, Strafen bis zur Höhe von 50 Pf. zu verhängen, ohne der Belegschaft oder dem Betriebsrat ein Kontrollrecht darüber einzuräumen. Der Betriebsrat wird von der Firma überhaupt nicht beachtet.

Die schönste Figur in diesem Hause ist der Werkmeister Ritter, der früher in Dresden eine Rolle spielte. Diesem Herrn, der jetzt etwas über Jahresfrist in München tätig ist, fehlt jede Gabe zum Umgang mit Menschen. Sein umfangreiches Schimpfwörterlexikon („Blöde Sau“, „Büdes Mensch“) kennzeichnet diesen Herrn. Obendrein werden die Arbeiterinnen mit Ohrfeigen bedroht. Diese Drohung wurde auch schon in die Tat umgesetzt! So wurde eine Arbeiterin, die mit der „Freundin“ Ritters eine Auseinandersetzung hatte, unter schweren Beleidigungen von beiden gemeinsam bewußlos zu Boden geschlagen, so daß die Arbeiterin infolge schwerer Kopfschmerzen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Als sie, wieder zu sich gekommen, sich gegen diese Behandlung beschwerte, zeigte Ritter, daß er sich in München bemüht hat, den unfaulderen Inhalt ortsüblichen Dialektes zu erforschen, denn er herrschte die Arbeiterin an: „Wenn du noch mal bei... aufreißt, mache ich dich kalt.“ Am anderen Tag vor den Arbeiterinnen sich brüstend, erklärte Ritter: „Wenn ich dir eine Ohrfeige gebe, das kostet mich 40 Mt., gebe ich dir zwei, zahle ich 80 Mt. Es ist mir ganz gleich, wieviel ich zahle.“ Als die Arbeiterin zur Ortskrankenkasse kam, wollte man ihr Schwierigkeiten machen, da Herr Scharf durch briefliche Mitteilung die Arbeiterin angeschwärzt hatte. Erst nachdem die Arbeiterin den Vorgang erzählte, wurde sie in Behandlung genommen.

Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß Herr Scharf schon einmal in einer anderen Sache einer

Arbeiterin vor dem Arbeitsamt die Unterstützung streitig machen wollte. Er hatte eine geübte Bäckerin verlangt, die zugewiesene aber erklärte, sie hätte eine solche Arbeit noch nicht gemacht. Herr Scharf entgegnete, dann hätte sie auch keinen Zweck für seinen Betrieb. Trotzdem schwärzte er die Arbeiterin als arbeitsunwillig an. Das eine können wir dem Herrn verraten: Nach all dem bisher Geschehenen, werden wir dafür sorgen, daß er überall bekannt wird.

Doch ihr Arbeiterinnen der Firma Halle-Scharf, warum ist dies bei euch so? Weil ihr euch um eure Interessen nicht kümmert, weil ihr euch nicht bemüht, für euer Recht einzustehen! Wie oft haben wir euch auf diese Dinge aufmerksam gemacht und wie oft seid ihr lächelnd an uns vorübergegangen und habt höhnisch erklärt, ihr bekommt den Tarif auch ohne uns. Doch es kommen immer wieder Tage, an denen ihr einem Konflikt gegenübersteht und dann wäret ihr froh, wenn euch die Hilfe der Organisation zur Seite stände. Fühlt ihr euch nicht beschämt, wenn eure Kollegen und Kolleginnen jahraus, jahrein für euch Opfer bringen und ihr steht den Dingen mit der größten Gleichgültigkeit gegenüber?

Das muß anders werden. Kolleginnen! Noch nie sind ohne eigenes Zutun die Früchte gereift. Nur in einer geschlossenen Organisation, Schulter an Schulter mit euren Arbeitsschwestern und -brüdern seid ihr eine Macht, vor der auch die Firma Halle-Scharf sich beugen muß. Lynkeus.

... und in Koffbus.

In der Buchbinderei der Firma Enke sind sehr sonderbare Arbeitsmethoden an der Tagesordnung. Mißliebige Arbeiter haben im Sommer, wenn weniger Aufträge vorliegen, ihre Entlassung zu gewärtigen. Ein anderer Teil der Facharbeiter muß längere Zeit aussetzen und zusehen, wie die Arbeiten mit Hilfe des Meisters R. von Behrlingen fertiggestellt werden. Als einmal einem Arbeiter gekündigt war,

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes

wurde vor dem Arbeitsgericht der „Nachweis“ erbracht, daß der Mann wegen Arbeitsmangel entlassen worden sei. Ein sehr merkwürdiger Nachweis, da sofort nach der für die Firma günstigen Entscheidung wieder voll gearbeitet wurde. Zwar war die Firma so kulant, dem Entlassenen seine Wiedereinstellung als Aushilfskraft anzubieten, doch ihre soziale Einsicht kam zu spät: der Arbeiter verzichtete.

Eigenartig sind die Vorgänge, die sich vor dem Weihnachtsfest abspielten. Es ist ja üblich, daß zu dieser Zeit in unserer Branche Ueberstunden gearbeitet werden. Die Firma E. mußte sich jedoch erst vom Gewerberat sagen lassen, daß den Jugendlichen unter 16 Jahren auch eine Vesperpause bei zehnstündiger Arbeitszeit zusteht. Die Arbeiter, die im Sommer am meisten nach Hause gehen mußten, nahmen sich noch Arbeiten mit nach Hause, wo sie dann die ganze Nacht ihren Zeitvertreib hatten. Ein besonderes Entgegenkommen zeigte die Firma den Goldschmittmachern gegenüber. Diese belamen ihre Nacht- und Sonntagsarbeiten per Auto nach der Wohnung gebracht. Da sie jedoch weit von der Stadt wohnen, haben sie sich einen Raum in der Stadt in der Nähe vom Betriebe besorgt, wo sie die Kosten dafür sicher allein tragen müssen. Licht, Heizung und den Ueberstundenzuschlag tragen sie selbst.

Ueberstunden aber werden nicht nur von älteren Arbeitern gemacht, nein, auch von Jugendlichen unter 16 Jahren. In den Tagen, an denen die Lehrlinge zur Schule gehen, müssen sie auf Anordnung des Meisters bis zum Schulanfang im Betriebe bleiben, um dann, wenn sie schon abgepannt sind, zum Unterricht zu gehen. Diesem Meister wäre zu empfehlen, sich in einer stillen Stunde an seine Vergangenheit als Gehilfe zu erinnern, wo er sich über die Zustände im Betriebe nicht gerade lobend geäußert hat.

Auch der Ton gegenüber der Arbeiterschaft läßt sehr zu wünschen übrig. Zwei Meister und eine ihnen vorgesehene Person scheinen das Schimpfwörterlexikon sehr ausgiebig studiert zu haben. Es ist empörend, welche Redensarten sich das Personal gerade von einem jüngeren Herrn gefallen lassen muß. Ein Meister, der sich bemüht, ihm nachzusehen, titulierte einen Arbeiter, der es gewagt hatte, wegen Nichtbezahlung von Akkordlöhnen Klage beim Arbeitsgericht zu erheben, mit „Lump“ und „Hallunke“. Ein anderer Meister rebet Arbeiterinnen unterschiedlos mit „Du“ an und an „schlagenden“ Argumenten soll er es auch nicht haben fehlen lassen. Diese Kategorie von Vorgefahren scheint bei der Firma in hohem Ansehen zu stehen. Wäre es anders, hätte die Firma schon längst den Meistern begreiflich machen können, daß auch Arbeiter Anspruch auf anständige Behandlung haben.

Der Betriebsrat wird von der Firma ausgeschaltet. Es soll sogar schon vorgekommen sein, daß ein Verhandlungsführer der Firma einfach die Betriebsratsitzung verlassen und den Betriebsrat im Sitzungszimmer eingeschlossen hat.

Es ist höchste Zeit, daß der Betriebsrat gegenüber dem Machtstandpunkt der Firma den Rechtsstandpunkt der Arbeiter durchsetzt! H. V. 3.



Fufel.

Erzählung von Anna Mosegaard.

(3 Fortsetzung.)

Und nie mehr wohnten Rückmanns länger als ein halbes Jahr an einer Stelle.

Ihr bißchen Hab und Gut war, dem Sprichwort getreu: „Dreimal umgezogen ist einmal abgebrannt“, schon recht ramponiert.

Karl Rückmann war auch längst nicht mehr in der Schimmelmannschen Brauerei beschäftigt. Auf allen Arbeitsplätzen, in allen Fabriken hatte er's versucht und es zum Schluß bis zum Gelegenheitsarbeiter gebracht. In der Fabrik und auf dem Bau war er ein schlechter Arbeitskollege gewesen. Immer ein Hemmschuh für die anderen Planten sie, in Anbetracht der allgemeinen Teuerung, eine Lohnforderung zu stellen, dann war Karl Rückmann dagegen. Er konnte wirklich nicht begreifen, warum er nicht zufrieden sein sollte mit seinem Los. Sein Taschengeld mußte da sein und war da, wie die Minna mit dem Rest des Wochenlohnes haushielt, das war ihre Sache.

Und hätte Minna Rückmann jetzt ihre Waschstellen aufgeben wollen, um sich wieder mehr der Familie zu widmen, dann wäre das nun nicht mehr möglich gewesen. Sie war gänzlich angewiesen auf ihren Verdienst, wenn sie mit dem Buben nicht Hunger leiden sollte. Doch das alles quälte Rückmann wenig. Darum schlug darüber den Kopf zerburchen, wenn die Frau das gründlich beforgte. Nur nicht denken!

Recht schmal und bleich war der Franz geworden in den Jahren, ein langaugeschossener Knabe mit schlotternden Gliedern. Die alte Mutterzeit war gänzlich verschwunden und hatte einem grübelnden Frühernst Platz gemacht. Tagsüber saß er in der Schule, und des Abends stand er an den Straßenecken umher, bis der Hunger ihn heimtrieb. Dann aß er seine Brotschnitten, trotz ins Bett und zitterte schon für den Augenblick, wenn Vater heimkam. Herzklappen bekam er jedesmal, wenn er ihn auf der Treppe lärmern hörte. Die Mutter tat ihm so leid.

Die sagte nichts, gar nichts und Vater schimpfte doch immerfort. Selbst wenn er schon im Bette lag, hörte das nicht auf.

Häßliche, rohe Worte mußte der Junge mit anhören, die trieben ihm das Blut in die Wangen und verfolgten ihn bis in seine wirren Träume.

Eines Samstagabends, Franz hatte wohl schon ein paar Stunden geschlafen, wachte er plötzlich auf und hörte die Mutter nebenan in der Stube weinen und schluchzen. Erschrocken fuhr er in die Höhe, lugte durch den lattunenen Türvorhang. Aber er konnte nicht herausbringen, was die Mutter hatte.



Da stand auch schon der Vater meckernd vor seinem Bett, rüttelte ihn dorb, weil Franz sich schnell schlafend gestellt hatte: „Da, Junge, ist!“ taltte der Truntene und reichte Franz ein Stück fette warme Wurst.

Das machte Franz nun aber nicht, es war ihm widerlich, jetzt mitten in der Nacht Wurst zu essen. Sein Widerspruch aber forderte des Vaters Zorn heraus; glaubte Rückmann doch in seinem Wahn, der Junge wolle ihm trotzen. Als er gar nicht zu bewegen war, die Wurst zu essen, gab er ihm eine schallende Ohrfeige.

Franz schrie laut auf. Mehr aus beleidigtem Ehrgefühl, denn vor Schmerz. Da stürzte auch schon die Mutter herein und riß den Jungen aus seinen Händen. Das reizte seinen Zorn zum Äußersten.

Er hob schwer die Hand — und ließ sie niederfallen auf der Mutter früh ergrauten Scheitel. Und die Mutter — — —? Oh, Franz würde bis nie vergessen können —, sie wehrte sich, schlug wieder, das erstemal lehnte sie sich auf.

Groß und stark stand sie vor dem Betrunknen, ein lodernes Feuer in den blühenden Augen. Der robuste Rückmann aber war ihr über an Körperkraft. Ein wildes Ringen entstand. Die Nachlampe fiel und erlosch zum guten Glück. Tisch und Stühle stürzten durcheinander, die Mutter schrie laut und der Franz stürzte in Todesangst davon, die Nachbarn zu Hilfe zu rufen. Sie nahmen sich des Knaben und der halbahnächtigen Frau an und ließen den Wüterich austoben. Da Rückmann nichts anderes hatte, um seine Wut auszulassen, schlug er das ganze Mobiliar kurz und klein. Am Morgen lag er schnarchend auf seinem Trümmerhaufen, mitten zwischen Stuhlbeinen und zerbrochenen Bilderrahmen.

Das Ende vom Lied war wieder die Wohnungsfindung.

Lange Wochen war Minna Rückmann auf der Wohnungssuche. Überall wies man sie ab. Karl Rückmann war schon so bekannt im Städtchen, daß die Kermesse nur den Namen zu nennen brauchte, um ihr die Tür vor der Nase zuzuwerten. Kurz vor dem 1. April fand sich endlich noch etwas. In einer baufälligen Mietkassette stand eine kleine Wohnung leer.



Denn wer irgendeine Wohnung bekommen konnte, zog nicht dahinein.

So fanden Rückmanns einen Unterschlupf. Die übrigen Bewohner der alten Baracke waren recht zweifelhafter Art.

Nicht mehr denn drei Säufer bewohnten einen gemeinsamen Vorplatz. Gerieten die in ihrem Dufel aneinander, dann gab es ein Nordshallo. Und die Hauswirtin, die selbst der Schnapsflasche weidlich zusprach, hatte ihren Spaß daran.

Nur einem waren diese Szenen zuwider. Einem stillen, bleichen Manne mit seinen Gesichtszügen und rabenschwarzem Vollbart. Er war Vater von sechs Kindern und bewohnte mit seiner Familie eine feuchte Hofwohnung in jenem häßlichen Haus, weil er mit seiner Kinderschar keine andere Wohnung aufstreifen konnte. Er war Zigarrenmacher und hieß Martin Lüders. Ein solider Mann und sorgfamer Familienvater.

Schon ein paarmal hatte er's versucht, heilbringend auf Rückmann einzumirken, weil die liebe Frau und der Junge mit den ehrlichen Blauaugen ihm leid taten, hatte aber nur Hohn und Spott geerntet. Verschleierlich war er des Samstags hinaufgestiegen, um Rückmann auf einen Artikel aus seiner Zeitung aufmerksam zu machen, ihm ein gutes Buch zu leihen oder dergleichen. Bald jedoch mußte er sich sagen: der ist verloren, es wäre denn, daß eine gewaltige Katastrophe in sein Leben träte, etwas, das ihn gänzlich umwerfe und als neuen Menschen auferstehen ließe.

Doch, fürchtete er, würde es wohl eher zur vollständigen Verblöding kommen.

Denn schon jetzt wußte man nicht recht, war dieser Mensch eigentlich normal oder nicht. Am Sonntagnachmittag, wo alle Läden geschlossen sind, verlangte er von seiner Frau, sie sollte ihm eine Mundharmonika kaufen. Und die geängstigte Frau durchjagte die Straßen und fand alle Türen verriegelt. Da sah sie ein Kind auf der Türschwelle sitzen, das spielte Mundharmonika und sie bat, bis das Kind ihr für gute Bezahlung die Mundharmonika abließ. Ein andermal mußte sie mitten in der Nacht aufstehen, um dem Wüterich Pfannkuchen zu backen.



Und die Minna tat alles, um seinen Ähzhorn nicht zu wecken. Ja, soweit hatte sie sich erniedrigt, daß sie ihm das Brot in kleine Würfel schnitt und in den Mund hob, wenn er nicht mehr mächtig war, sein Abendbrot zu verzehren.

Schwerer noch als die Mutter litt der Franz unter der Trunksucht seines Vaters. Hunger brachte er ja nicht zu leiden, die Mutter sorgte schon dafür, daß stets was zu essen da war. Aber die Schmach mit dem Vater zu ertragen das war fürchterlich!

Jedes Schulkind kannte den „verrückten Rückmann“. Ganze Begenden erzählte man sich von ihm, die gaben sie auf dem Schulwege in Franz Rückmanns Gegenwart um besten. Komödien setzten die Jungens in Szene. Da war der lange Holm, der Sohn einer Wäscherin, der verstand sich vorzüglich darauf, den „besoffenen Rückmann“ zu markieren. Wenn er sich mitten auf den Fahrdamm warf, mit einem Knüttel auf den Fußsteig schlug und sein „Licht auf den Tisch“ schrie, da johlten die Jungens vor Vergnügen. Oder wenn der lange Holm, im Rinnstein liegend, ergeben die Hände faltete und dabei sagte: „So liegt Karl Rückmann im Sarge“ — ein Ausbruch, den Rückmann einmal in einer Wirtschaft getan, als er sich mit einem Blumenstrauß in der Hand lang auf die Diele legte.

War das ein Vergnügen!

Dem Franz stiegen jedesmal die Tränen in die Augen. Das amüsierte die Jungens noch viel mehr. Je mehr es den Franz trankte, wenn sie ihn zum „Flennen“ bringen konnten, desto toller trieben sie es. Schließlich wußte der gequälte Junge keinen anderen Ausweg, als — mitzumachen, seinen eigenen Vater zu verhöhnen. Wiewohl es ihm am liebsten tat, aber so fand er seine Ruhe.

(Fortsetzung folgt.)

Eine gute Antwort.

Ein Bauer nahm einen neuen Knecht in Dienst, den er mit seinen zu verrichtenden Arbeiten vertraut machte. Endlich sagte er noch:

„Ich bin ein Mann, der nicht gern viel spricht, wenn ich also so mache (er winkte mit dem Finger gegen sich), dann kommst du zu mir.“

Der Knecht erwiderte hierauf:

„Na, da passen wir zueinander, denn ich spreche auch nicht gern viel, wenn ich daher so mache (er schüttelte dabei den Kopf), dann komm ich nicht.“

Das gute



Buch



Die Bücher.

Ob groß oder klein,
Ob leicht oder fein,
Sie sollen geschmackvoll gekleidet sein.

Nicht im Stil der bunten Hege,
Nicht im Kleide blöder Fege
Ist das Buch ein werter Gast.
Die Kunst ist kein Glanz,
Sie bedarf gar viel Bedenken,
Gar recht viel sich Selbstverlehenken.

Blick in den Brunnen der Dichtung hinein
Und dann fasse ihn würdig ein,
Bau ihn ganz in des Brunnen Art,
Ob wichtig, ob zart,
Ob im modernen Elterngewande,
Oder im Habit verflohnener Lande,
Ob in Gold und Silber und Seide
Oder im lieblichen Dirndlkleide. —

Ganz nach seiner Seele und Art
Sei dem Buche der Einband gepaart.
Wenig Dank wird denen zum Lohne,
Die nichts kennen als die Schablone.

Paul Keller (im „Journal für Buchhandel“).

Standorte des deutschen Buchverlags.

Ueber dieses Thema bringt „Klimschs Drucker-Anzeiger“ eine Abhandlung, aus der wir im Auszug das folgende wiedergeben, für das unsere Mitglieder Interesse haben werden: „Kriegs- und Inflationsjahre waren für den Buchverlag von tiefgreifendem Einfluß... Von dem schönen Vorrecht des Deutschen, der Freizügigkeit, machten die Herren Verleger fleißig Gebrauch. Schon während der Kriegsjahre sahen sich viele Verleger nach anderen Wirkungsplätzen um. In Orten, wie München, Darmstadt, der Umgebung von Dresden usw., machten sich nicht nur neu gegründete Verlagsinstitute, sondern auch ältere Unternehmungen schäftig. Der Hauptleidtragende dieser Umzugsbewegung der Verleger war Leipzig. Berlin übte schon während der Kriegszeit starke Anziehungskraft auf die Verleger aus, obwohl damals die Zentralisierungsbestrebungen der Reichshauptstadt noch nicht in dem Maße in Erscheinung traten wie in der Nachkriegszeit.

Nach dieser Richtung hin hat sich in den letzten Jahren die Entwicklung ganz rapide vollzogen. Leipzig stand vor dem Kriege an der Spitze der deutschen Verlagsorte. Im Jahre 1922 erschienen in Leipzig 3990 Bücher, während in Berlin im gleichen Jahre 4483 Bücher verlegt wurden. 1927 hatte sich dies Bild noch erheblich mehr zugunsten Berlins verändert. Leipzig gab in diesem Jahre 4569 Bücher heraus, Berlin hingegen 7545; verlegte also nahezu die doppelte Zahl von Büchern wie Leipzig. Die Ursachen dieser gewaltigen Entwicklung des Berliner Buchverlags sind die gleichen, denen Berlin auch sein sonstiges Anwachsen als Druckstadt, als deutsche Kultur- und Wirtschaftsmetropole verdankt: Das gesamte wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben Deutschlands konzentriert sich mehr und mehr auf die Reichshauptstadt!

Als nächst nennen (Berchen, Stuttgart, Frankfurt a. M., Dresden, Breslau, Hamburg, Halle a. d. Saale, Düsseldorf, Bielefeld, Langensalza, Jena usw. Insgesamt gibt es in Deutschland über 900 Buchverlagsorte. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß ein großer Prozentsatz dieser Orte jährlich höchstens ein oder zwei Bücher verlegt...

Ist ein Buchverlagsort identisch mit seiner Bedeutung als Werkdruckplatz? Diese Frage muß neuerdings noch mehr verneint werden als dies schon früher der Fall war. Den besten Beweis für die zunehmende örtliche Trennung des Verlags vom Druck kann man in der Tatsache erblicken, daß Berlin als Werkdruckort heute bei weitem nicht die Bedeutung hat wie als Buchverlagsort. Die bedeutendsten Buchverleger Berlins lassen ihre Werkdruckaufträge andernorts, zum großen Teil in Leipzig, ausführen. Häufig geht der Berliner Verleger mit seinen Druckaufträgen auch nach kleineren Provinzorten, um sich hier Preisvorteile zu sichern, die ihm durch den niedrigeren Vorkaufschlag auf die Böhmie und Gehälter erwachsen. Die gleichen Erwägungen sind vielfach auch für andere Großstadtverleger bei Vergabung von Druckaufträgen maßgebend. Wir haben denn auch in Deutschland eine ganze Reihe kleinerer Städte, die als Verlagsort kaum in Frage kommen, die aber über einen ansehnlichen Werkdruck verfügen. Genannt seien nur Gräfenhainichen, Altenburg, Raumburg, Wittenberg usw.

Leipzig behauptet noch immer seine Vormachstellung auf dem Gebiete des Werkdrucks. Leipzig druckt insbesondere viel für auswärtige Verleger. In München, Frankfurt am Main, Dresden, Breslau, also in Orten eines ansehnlichen Buchverlags, ist der Werkdruck weniger entwickelt. Stuttgart hingegen dürfte die Bücher, die es verlegt, zum überwiegenden Teile auch selbst drucken. Schließlich darf auf die große Zahl kleinerer Buchverlagsorte verwiesen werden, die aus Mangel an geeigneten heimischen Werkdruckereien gezwungen sind, ihre Druckaufträge auswärts ausführen zu lassen...

Volksbibliotheken.

Der Gedanke der Volksbibliothek ist verhältnismäßig alt, bereits im 16. Jahrhundert gingen einige deutsche Städte zur Errichtung städtischer öffentlicher Bibliotheken über. Die praktische Durchführung zeitigte jedoch nicht das erwartete Ergebnis, sondern scheiterte an dem geringen Bildungsgrad der damaligen Bevölkerung. Die öffentlichen Bibliotheken wandelten sich daher schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder in rein wissenschaftliche Büchereien um, deren Besucher aus den Kreisen der Gelehrten kamen. Erst mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht und der dadurch bedingten Berringerung des Analphabetentums fand die öffentliche Bibliothek jene der Allgemeinheit dienende Grundlage, die eine Weiterentwicklung ermöglichte. Immerhin zeigte sich auch jetzt die breite Masse des Volkes dem Gedanken einer öffentlichen Bibliothek wenig zugänglich.

Unter den Persönlichkeiten, die in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert die Idee der Volksbibliotheken unterstüzten, ist zunächst Heinrich Stephan

zu nennen, der im Jahre 1797 ein System öffentlicher Bibliotheken mit der Dorfbibliothek als unterster Stufe ausgearbeitet hatte. Auch der Rentamtmann Karl Preuster in Großenhain hatte im Jahre 1839 einen Plan für die Errichtung öffentlicher Bibliotheken für den Bürgerland entworfen und bis zu einem gewissen Grade auch praktisch durchgeführt. Allen diesen Versuchen blieb jedoch zunächst ein nennenswerter Erfolg verjagt.

Die Entwicklung der Volksbibliothek im modernen Sinne begann nicht von Deutschland, sondern von den englisch sprechenden Ländern, also in erster Linie Nordamerika und England ihren Ausgangspunkt zu nehmen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika war es schon im Laufe des 18. Jahrhunderts zur Gründung von Bibliotheken gekommen, die Eigentum einer sogenannten Les- oder Bibliotheksgesellschaft waren und deren Benutzung im übrigen jedermann freistand. Während es sich hier um Einrichtungen privaten Charakters handelte, begann zu Anfang des 19. Jahrhunderts die aus öffentlichen Mitteln unterhaltene Volksbücherei in Nordamerika festen Fuß zu fassen. Da diese ersten amerikanischen Volksbibliotheken von den Städten als kommunale Anstalten errichtet wurden und eine dementsprechende Steuer für sie erhoben werden sollte, mußten die Städte selbst zunächst hierfür die gesetzliche Ermächtigung erhalten. Diese wurde zuerst in den Neuenlandstaaten bewirkt und zwar in Massachusetts im Jahre 1848, in New Hampshire im folgenden Jahre und in Maine im Jahre 1854. Die übrigen Staaten, insbesondere die Südstaaten, folgten wesentlich später. Immerhin zählte man bereits im Jahre 1875 in Nordamerika 342 Public Librarians, also Volksbibliotheken mit einer Gesamtbüchereizahl von 1 909 444 Bänden; die Gesamtzahl der damaligen amerikanischen Büchereien betrug 8647 Bibliotheken mit 12 276 964 Bänden. Die Benutzer der Volksbibliotheken in den Vereinigten Staaten zählten sich aus allen Ständen zusammen, nur die schwarze Bevölkerung wurde vollkommen abgefordert, so daß man in den Südstaaten, wo der Prozentsatz der Reger ein besonders hoher war, eigene Bibliotheken für diese errichtete.

Um die Besucherzahl der Volksbibliotheken zu steigern, ging man in den Vereinigten Staaten soweit, daß in einzelnen Städten die Bewohner zur Benutzung der öffentlichen Bibliothek schriftlich aufgefordert wurden. Die Benutzung der Bibliotheken war selbstverständlich von Anfang an frei, auch eine Einschreibgebühr wurde nur in den seltensten Fällen erhoben. Für den Besuch der Lesräume war ein Ausweis nicht erforderlich, für die Entleihung von Büchern genügte es im allgemeinen, wenn sich der Entleiher als ordnungsgemäß auswies, die Stellung eines Bürgers war nicht erforderlich.

Der heute in den amerikanischen Volksbibliotheken allgemein übliche Zutritt des Entleiher oder Lesers zu den Büherräumen wurde zum ersten Male im Jahre 1890 in Cleveland als Neuerrichtung versucht.

Unter den bedeutenden und entwicklungs geschichtlich alten Bibliotheken der Vereinigten Staaten ist an erster Stelle die Public Library in Boston zu nennen. Ihre Gründung erfolgte auf Anregung des Bürgermeisters Josiah Quincy im Jahre 1847, ihre Eröffnung im Jahre 1851. Der Bücherbestand der Bibliothek wurde schon im folgenden Jahre durch Spenden von Josiah Bates im Werte von 200 000 Mf. wesentlich vergrößert. Im Jahre 1908 hatte die Zahl der Bücher 764 514 Bände in der Zentrale und 216 576 Bände in den Filialen erreicht.

Neben der Bostoner ist in erster Linie die New-Yorker Public Library als bedeutendste der Vereinigten Staaten hervorzuheben. Ihre Entstehung verdankt sie der Zusammenlegung von drei wissenschaftlichen Bibliotheken, nämlich der Lenox, Astor und Tilden Bücherei einerseits, und den New-Yorker Circulating Libraries, den eigentlichen Volksbibliotheken, andererseits. Die Vereinigung der letzteren mit den genannten wissenschaftlichen Bibliotheken fand im Jahre 1901 statt.

In Großbritannien, das ähnlich wie die Vereinigten Staaten für die Förderung der Volksbibliotheken Pionierarbeit geleistet hatte, begann die öffentliche Bibliothek in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts festen Fuß zu fassen. Die finanzielle Seite der Errichtung von Volksbibliotheken durch die Städte wurde auch hier, ähnlich wie in Nordamerika, durch ein entsprechendes Gesetz geregelt. Im Jahre 1850 wurde auf Veranlassung von E. Edwards und dem Parlamentariermitglied W. Ewart ein Gesetz erlassen, die sogenannte Ewart Bill, die den Städten die Möglichkeit gab, durch Erhebung besonderer Steuern öffentliche Bibliotheken im Sinne von Volksbibliotheken und Museen zu errichten und zu unterhalten. Während das Gesetz sich anfänglich nur auf England beschränkte, wurde es bereits im Jahre 1855 auch auf Schottland und Irland ausgedehnt. Ueber die Anwendung des Gesetzes hatten die Steuerzahler der betreffenden Stadt zu entscheiden und zwar wurde durch Mehrheitsbeschluß über Annahme oder Nichtannahme abgestimmt. Die Annahme des Gesetzes innerhalb der englischen Städte erfolgte teilweise außerordentlich langsam, besonders in Schottland stieß das Gesetz infolge der Sparfamelei seiner Einwohner auf wenig Gegenliebe und machte nur langsame Fortschritte. In der Hauptstadt Edinburgh wurde die Steuer für Bibliotheksgründungen zum Beispiel erst angenommen, als der Amerikaner Carnegie, ein geborener Schotte, die Mittel zur Errichtung des Bibliotheksgebäudes zur Verfügung gestellt hatte. Auch in den Städten Irlands machte die Annahme dieses Gesetzes häufig Schwierigkeiten; der Grund war in diesem Fall allerdings Armut des Landes.

Die erste Public Library in England, die auf Grund erwähnten Gesetzes errichtet wurde, war die zu Manchester; ihre feierliche Einweihung fand im Jahre 1852 unter Anwesenheit der hervorragendsten Väteren des Landes statt. Das Gesetz machte dennoch ungeachtet der schon erwähnten Schwierigkeiten Fortschritte, so daß bis zum Jahre 1900 bereits 644 Gemeinden die Annahme des Gesetzes beschlossen hatten. Hinsichtlich ihrer Einrichtung zeigten die englischen Volksbibliotheken gewisse Abweichungen von den amerikanischen Bibliotheken. So besaß die Stadtbibliothek der englischen Volksbibliotheken einen mehr wissenschaftlichen Charakter, während in der Kreisbibliothek die Unterhaltungsliteratur überwiegend war.

In Deutschland begann die Volksbibliothek erst durch das Beispiel Englands und Nordamerikas gegen Ende des 19. Jahrhunderts Bedeutung zu erlangen. Das plötzlich einsetzende Interesse breiterer Volksschichten für die Volksbibliothek wurde durch eine vollkommene Umstellung der Organisation der schon vorhandenen Büchereien bedingt. Man änderte die umständliche Art der Benutzung. Die veralteten und für die Allgemeinheit ungeeigneten Bücherbestände wurden ergänzt und zwar in erster Linie durch die Klassiker des modernen Romans. Die Anfänge dieser Bewegung gingen von Berlin aus, wo Trend Buchholz die bisher nur ein Scheinseinfristen Volksbibliotheken reorganisierte und der Allgemeinheit zugänglich machte. Auch das 1892 erschienene Werk von Meyers „Entwicklung und Organisation der Volksbibliotheken“ gab neue Anregungen zur Umgestaltung und Verbesserung der schon bestehenden Volksbüchereien. Im Jahre 1893 kam es zur Gründung von öffentlichen Lesehallen in Berlin, Frankfurt am Main und Freiburg. Die Gründungen gingen aus von der Gesellschaft für ethische Kultur. Die ersten kommunalen Lesehallen wurden im Jahre 1896 in Berlin und Düsseldorf ins Leben gerufen. Schon nach Ablauf von zwei Jahren hatte sich die Zahl dieser Lesehallen auf 41 erhöht.

Der Erfolg der Lesehallen beruhte in der Hauptsache darauf, daß das Bücher- und Zeitschriftenmaterial dem Geschmack der breiten Masse angepaßt wurde. Diese Umstellung zeigte sich auch bei der ersten deutschen Volksbibliothek im Sinne der Public Library, der Charlottenburger Volksbibliothek, deren Bücherauswahl nicht nur dem Geschmack ihrer Leser Rechnung trug, sondern auch daneben höhere Ziele und Zwecke verfolgte. Eine genaue Formulierung dieser Ziele und Zwecke der modernen deutschen Volksbibliothek wurde in umfassendster Weise zum ersten Male von der Comeniusgesellschaft für Volkserziehung im Jahre 1899 gegeben. Die Forderungen der Gesellschaft, die die Unterstützung der hervorragendsten Fachleute fanden, lauteten dahin,

daß die Leitung und der Betrieb der Volksbibliotheken durch einen wissenschaftlich gebildeten Bibliothekar im Hauptamte erfolge. Ferner sollte die Auswahl der Bücher und Zeitschriften allen Kreisen des Volkes gerecht werden, jegliche Tendenz sollte vermieden werden. Die Verwaltung der Volksbibliotheken sollte zentral sein. Für die Lage des Bibliotheksgebäudes sollte nach Möglichkeit ein günstiger Punkt der Stadt gewählt werden. Die Kreisbibliothek sollte stets mit einer Lesehalle verbunden sein. Der Zutritt zu den für den Benutzer in Frage kommenden Räumlichkeiten sollte durch keinerlei Formlichkeiten erschwert werden und im übrigen jedermann und zu jeder Zeit gestattet sein. Diese Forderungen wurden von dem Verein an alle Städte von 10000 Einwohnern aufwärts verschickt, ohne daß allerdings der erwartete Erfolg eintrat.

Im gleichen Jahre 1899 erfuhr der Gedanke der Volksbibliothek jedoch auch die ihm schon lange geübte staatl. Förderung durch einen entsprechenden Erlaß, allerdings zunächst nur für Preußen. In diesem Erlaß des preussischen Kultusministeriums wurde die Errichtung von Volksbibliotheken stark befürwortet, und zwar ohne Einengung der freien Tätigkeit der Gemeinden und sonstigen Körperschaften. Auch eine finanzielle Förderung der Volksbibliotheken wurde vorgesehen, indem der preussische Etat jährlich einen Betrag von zunächst 50 000 Mk., dann 100 000 Mk. zur Verfügung stellte, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Gemeinde oder Körperschaft wenigstens den gleichen Betrag aufbrachte.

Dem Beispiel Preußens folgten in kurzer Zeit die anderen deutschen Staaten. Jedoch blieb der Grundsatz vorherrschend, daß die Errichtung von Volksbibliotheken nicht Sache des Staates, sondern Aufgabe der Städte und freien Korporationen sei.

Die Entwicklung hat gezeigt, daß die von den Städten aus eigenem Entschluß ins Leben gerufenen Volksbüchereien gegenüber den von freien Vereinigungen und Korporationen gegründeten Volksbüchereien in der Zahl zurückgeblieben sind. Bei einem Vergleich der deutschen mit den amerikanischen Volksbibliotheken fällt zunächst die größere Vielfältigkeit der deutschen Büchereien auf. Auch in Deutschland besitzen wir Einzelbibliotheken nach Art der Public Library; Beispiele hierfür sind die Bibliothek in Eiserfeld, Dortmund und Charlottenburg, dann Verbindungen von Volksbibliotheken mit wissenschaftlicher Stadtbibliothek, wie in Breslau, Stettin und Berlin. Andere Städte, wie zum Beispiel Köln und Danzig, verfügen wieder über getrennte wissenschaftliche und volkstümliche Bibliotheken. In Hamburg, Lübeck, Wiesbaden und Frankfurt am Main findet sich die wissenschaftliche Bücherei als städtische Bibliothek, während die eigentlichen Volksbibliotheken Schöpfungen von Vereinen, allerdings mit städtischer Beihilfe, sind. Für die Förderung der Volksbildung haben die Volksbibliotheken außerordentlich segensreich gewirkt, so daß ein weiterer Ausbau nur zu wünschen ist.

Dr. P. Martell.

Bücher in Menschenhaut.

C. K. In Paris sind wieder einmal verschiedene in Menschenhaut gebundene Bücher zu hohen Preisen verkauft worden, und es zeigt sich, daß dieser ebenfalls seltene Einbandstoff leidenschaftliche Liebhaber findet. Aus diesem Grunde sind denn auch immer wieder Einbände aus Menschenhaut angefertigt worden, nachdem man einmal erkannt hatte, daß sich die Menschenhaut ebenso als Einbandleder verarbeiten läßt wie das Tierfell.

Von einzelnen verschwindenden Beispielen abgesehen, dürfte die erste „Mode“ in Menschenhautbänden in die Zeit der französischen Revolution aufgenommen sein, in der die Menschen dem Tode so nahe waren, daß er fast seine Schrecken für sie verloren hatte. In den öffentlichen französischen Bibliotheken gibt es eine ganze Reihe solcher Bände aus dieser Epoche und auch Privatbibliotheken nennen solche „Schätze“ ihr eigen. Der bekannte Pariser Buchbinder Kaffer band eine Anzahl Bücher in Menschenhaut für einen Kunden, der Chirurg war und ihm das Material selbst lieferte. Nach den Angaben eines englischen bibliophilen Blattes gibt es in Großbritannien nur einen einzigen derartigen Band, der aus der Haut des Mörders Cobber vor genau einem Jahr-

hundert verfertigt wurde und sich in der Bibliothek der Stadt Burg St. Edmunds befindet. Es sind Prozeduren über die Gerichtsverhandlung, die zu seiner Hinrichtung führte und das Verhörprotokoll zeigt die Inschrift: „Der Einband dieses Buches ist die Haut des Mörders William Cobber, die von seinem Körper genommen und von mir selbst gegerbt wurde. George Creed, Arzt des Suffer-Hospitals.“

Die Haut von Mördern ist überhaupt verschiedenlich, sogar mit Erlaubnis der Behörden, für Buchbindereien verwendet worden. Manchmal haben auch Menschen selbst ihre Haut „zu Martell“, d. h. zum Buchermarkt, getragen, indem sie diese Verwendung nach ihrem Tode bestimmten. So besaß eine Frau, die den Dichter Eugen Sue heiratete, daß ihr Lieblingsbuch von ihm „Die Geheimnisse von Paris“ in ihre Haut gebunden werden sollte. Und dies geschah auch tatsächlich. Ein Band des vierbändigen Romans ist aus dem auf diese Weise verarbeiteten Leder hergestellt, und ihr Beispiel fand Nachahmung. Der verstorbene berühmte Astronom Camille Flammarion hat selbst erzählt, daß das kostbarste Werk seiner Bibliothek ein Exemplar seines Buches „Himmel und Erde“ sei, das in die Schutternhaut einer schönen Frau gebunden wurde. Er bekam eines Tages diese Haut, als Vermächtnis einer Toten zugestellt, und zwar von dem Arzt, der die Dame, eine Gräfin St. Ange, in ihrer letzten Krankheit behandelt hatte. Sie hatte den Astronomen geliebt und verfaßt, daß er nach ihrem Tode veröffentlicht werden, in diese Haut binden lassen solle. Der Einband ist schneeweiß, der Schnitt ist zart rosa getönt und die Schließen bestehen aus goldenen Sternen.

Einige Einbände aus der Haut eines Menschen, der sie selbst dazu bestimmt hatte, besitzt der Arzt Dr. Rathem Wood in Philadelphia, und zwar stammt das Leder von einem jungen Deutschen namens Ernst Kaufmann, der von Dr. Wood in seiner letzten Krankheit behandelt wurde. Kaufmann, dem es nicht gelungen war, durch seine schriftstellerischen Arbeiten sich bekannt zu machen, wollte sich wenigstens auf diese merkwürdige Art verewigen, und so besaß er, daß seine Lieblingsbücher in seine Haut gebunden werden sollten, darunter auch ein Werk von ihm selbst mit dem Titel „200 berühmte deutsche Männer“. Ein Stück von Siernes „Empfindsamer Kelle“ ist wie zum Hohn auf den sentimentalen Inhalt des Buches in die leuchtend schwarze Haut einer Kegerin gebunden, ein anderes Werk dieses Dichters, der „Ersttram-Exhant“, befindet sich in dem gelblichen Band aus der Haut einer Chinesin in französischem Stoff. Es gibt also eine ganze Menge solcher Einbände. In Deutschland hat zuerst der bekannte Einbandkünstler Paul Kersten Menschenhaut für diese Zwecke verarbeitet, und nach seinen hochverwundlichen Angaben eignet sich dieses Leder sehr gut dazu. Die Hartung des Menschenleders ist sehr schön und regelmäßig, und zwar stellt sie aus wie eine Mischung von Ziegen- und Schweineleder. Die Festigkeit ist sehr groß. Es fühlt sich an wie jedes andere Leder, und wer es nicht kennt, glaubt, ungefärbtes Ziegenleder vor sich zu haben.

(„Demütiger Volksstimme.“)

Leo's Buchbinder-Kalender 1930.

Aus Anlaß des 40. Erscheinens dieses „Bekannteren Kalenders“ sind wieder sehr wesentliche Neuerungen in ihm eingeführt worden. So präsentiert er sich in einem neuen rot-schwarzen Einband, den der bekannte Buchkünstler Professor Dormer-Beimar entworfen hat. Innerlich ist aus dem Rezeptbuch von früher ein kleines Jahrbuch für den Buchbinder geworden, in dem über aktuelle Fachfragen, z. B. Werbung, Rationalisierung, Rentabilität der Maschinen, Umstellungsmöglichkeiten usw. berichtet wird und kaufmännische, gewerbliche, steuerliche und natürlich sachliche Originalbeiträge veröffentlicht sind. Zum erstenmal werden Abbildungen solcher Bucheinbände beigegeben, die einen Aufschluß über die Entwicklung der Einbandkunst im letzten Jahrzehnt illustrieren. Neben diesen Neuerungen kommen auch die bisher bewährten Teile des Kalenders zu ihrem Recht. Der Preis ist in Anbetracht des vielerlei Gebotenen niedrig.

*) Leo's Buchbinder-Kalender. Verlag des „Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien“, Stuttgart, Christophstr. 9. 40. Auflage. Preis 2,50 Mk. Von 2 bis 6 Stück je 2,30 Mk., von 6 bis 9 Stück je 2,20 Mk. und von 10 Stück ab je 2 Mk., zuzüglich Porto.

Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin.

II.

Nach an Bücherspenden fehlte es schon in damaliger Zeit nicht. Erwähnt sei eine Schenkung des Fürsten Moritz von Nassau-Siegen, aus der ein wertvoller großer Atlas der heutigen Kartenammlung stammt. Als sich 1665 Prof. Christoph Hendreich in Frankfurt a. d. O. erbot, in einem Jahre einen Standortkatalog und Fachkatalog anzufertigen, nahm der Große Kurfürst dieses Anerbieten an, und in der Tat führte Hendreich diese Arbeiten bis zum Jahre 1666 aus. Als Anerkennung wurde Hendreich 1668 zum Bibliothekar ernannt. Hendreich unterschied sechs Fächer: Theologie, Rechtswissenschaft, Medizin, Philosophie, Geschichte und Mathematik, im übrigen wurde nach vier Formaten getrennt. Diese Einteilung hat sich bis zum Jahre 1790 erhalten.

Nur vor seinem Tode ließ der Große Kurfürst noch einen Neubau für seine Bibliothek beginnen. Die Bibliothek hatte einen Bestand von rund 20 000 Druckschriften und 1618 Handschriften. Dieser für die damalige Zeit glänzende Stand ließ die kurfürstliche Bibliothek als eine der ersten Europas gelten. Hendreich hat uns 1687 eine wertvolle gedruckte Geschichte der Bibliothek überliefert.

Unter dem Kurfürsten Friedrich III. erging am 24. Oktober 1693 eine Verordnung, durch die die Benutzungszeit neuregelt wurde. Hiernach war die Bibliothek täglich von 9—12 und 3—7 Uhr im Sommer und von 10—12 und 2—4 Uhr im Winter geöffnet. Nach der Verordnung von 1710 konnten Bücher ohne besondere Erlaubnis lediglich die Wirklichen Geheimen Räte mit nach Hause nehmen, andere Personen mußten eine besondere Erlaubnis nachsuchen. Später erhielten das Recht zur Hausentlehnung auch die Mitglieder der Sozietät der Wissenschaften.

Unter Friedrich I. wurde für die Bibliothek eine Oberaufsicht geschaffen, die als erster gewissermaßen im Sinne eines Kurators Graf Warenberg ausübte. Die tatsächliche Leitung der Bibliothek lag jedoch in den Händen eines Direktors. Diese Einrichtung währte bis zum Jahre 1796, wo für kurze Zeit Akademie und Bibliothek ein und dasselbe Direktorium erhielten. Von 1810 ab wurde das Kultusdepartement im Ministerium des Innern zuständig, das es auch 1817 nach seiner Errichtung als selbständiges Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Religionsangelegenheiten blieb.

In dieser Zeit wurde die wertvolle, 9000 Bände starke Bibliothek des Ministers Gschel von Spanheim erworben, weiter überwies der König die im Köpenicker Schloß befindliche kleine Bücherei und die Restkassen der Königin Sophie Charlotte. Von großer Bedeutung auch für die Geschichte des Bibliothekswesens ganz allgemein, war die nach dem Beispiel Frankreichs durch Erlaß vom 26. Oktober 1699 eingeführte Einrichtung der Pflichtexemplare, die im Buchhändlergewerbe naturgemäß einen starken Widerstand bis auf den heutigen Tag auslöste. Fast zu allen Zeiten konnten die Pflichtexemplare nur vielfach mit starken Zwangsmitteln eingebracht werden. Die Verordnung mußte von Zeit zu Zeit erneuert werden. Früher hatte sie insofern eine gewisse rechtliche Begründung, als dem Buchhändler meist ein Verlags- oder Verkaufsprivileg vom Staate gewährt wurde, der wohl in diesem Fall mit Recht ein Pflichtexemplar forderte.

Die Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. war für die Bibliothek keine sehr glückliche. Er strikt die Besoldungen der Bibliothekare, so daß die Bibliothek gewissermaßen führerlos wurde. Neuanfassungen wurden kaum gemacht, nur die Pflichtexemplare wurden mit Strenge eingelesen. Recht schädlich war, daß der König 1735 die Auslieferung der gesamten mathematischen und medizinischen Literatur an die Sozietät der Wissenschaften verfügte, die sich eine eigene Bücherei geschaffen hatte. Beim Tode des Königs zählte die Bibliothek etwa 70 000 Bände, darunter etwa 2000 Handschriften.

Unter Friedrich dem Großen erlebte die Bibliothek dann ihre eigenartige Blütezeit. In den ersten dreißig Jahren seiner Regierung geschah allerdings wenig für die Bibliothek; die zahlreichen Kriege nahmen alle verfügbaren Staatsmittel in Anspruch. Erst in den Friedenszeiten änderte sich das. Im Jahre 1774 wurde der Bauplatz des heutigen

alten Bibliotheksgebäudes erworben, das sechs Jahre später errichtet und mit der heute noch vorhandenen, vielfach kritisierten Anschrift: „Nutrimentum spiritus“ versehen wurde. Wenig bekannt ist, daß Friedrich der Große versuchte, den berühmten damals in Rom weilenden Kunsthistoriker Winckelmann für die Bibliothek zu gewinnen. Der König bot dem Gelehrten 1000 Taler Jahresgehalt nebst freier Reise. Der große Kunsthistoriker forderte jedoch das Doppelte, worauf der König ablehnte. Winckelmann hat später seine hohe Forderung sehr bereut. Erst von 1770 ab begann Friedrich der Große der Kgl. Bibliothek große Aufmerksamkeit zu schenken. Die Bücher dieser Zeit sind meist durch ein FR unter der Krone im obersten Felde des Rückens kenntlich. Sie wurden anfangs nicht der Bibliothek einverleibt, sondern als „Neue Königl. Bibliothek“ getrennt aufgestellt. Nach der Ueberlieferung der Bibliothek in den Neubau wurden von 1781 bis 1784 jährlich 8000 Taler für Bücheranschaffungen bereit gestellt. Um diese Zeit wurden auch zum ersten Mal zwei Bibliotheksdiener mit je 80 Taler Besoldung angestellt. Seit 1783 wurde auf Anordnung des Königs das Verleihen der Bücher eingestellt. Dafür wurde im Rebenhause, Behrenstraße 40, eine „Lese-Kammer“ eröffnet, die täglich vom April bis September von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und in den übrigen Monaten von 8 bis 5 Uhr geöffnet war.

(Fortsetzung folgt.)

Berichte.

Düsseldorf. Ein wechselreiches Jahr ist vorüber. Wenn wir zurückblicken und die schlechte wirtschaftliche Lage berücksichtigen, die im Gewerbe akut geworden ist, dann ist der Beweis erbracht, daß die Organisation als mitbestimmender Faktor im Wirtschaftsleben ihre Aufgabe voll erfüllt hat. Die schlechte Lage im Gewerbe wirkte hemmend auf unsere Lohnverhandlung, die sich äußerst schwierig gestaltete. Hatten doch die Unternehmer in der Verhandlung am 17. September 1928 ausdrücklich betont, daß die Verlängerung des Notkommens nur noch bis zum 1. April 1929 Wirkung habe, darüber hinaus aber die zentralen Abmachungen in Kraft träten. Da nun die Unternehmer in den einzelnen Betrieben darauf hinwiesen, daß die Lohnzulage von 2,40 Mk., die durch Schlichterspruch erreicht wurde, schon im Lohn enthalten sei, wurden sie durch ein Schreiben, vom 5. April auf die Erbitterung der Mitglieder und deren Folgen ausdrücklich hingewiesen. Um die Bewegung zu beschleunigen, wurden im größten Betriebe, der allein gut beschäftigt war, die Ueberstunden verweigert. Dies hatte die Wirkung, daß der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung die Zulage zur schleunigen Verhandlung gab. Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung am 8. April stellte einstimmig die Forderung, den alten Zustand weiterbestehen zu lassen. Die Verhandlung am 10. April war äußerst schwierig, wollten doch die Unternehmer gar nichts zahlen. Nach vierstündiger hartnäckiger Verhandlung wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der für die Dauer des Notkommens alle über 2,40 Jahre alten Berufsangehörigen die Zulage von 2,40 Mk. und die unter 24 Jahre alten 50 Proz. erhalten. Es war dies ein Resultat, mit dem wir nicht zufrieden sein konnten. Darum müssen wir bei besseren Zeiten versuchen, diese Scharte wieder auszugleichen. Es muß bei unseren Mitgliedern jetzt heißen: Schluß mit der Bauheit, da die kommenden Zeiten noch schärfere Gegensätze hervorbringen werden.

Durch die Neubefestigung des Gaulteilerpostens machte sich eine Zusammenkunft der Zahlstellen notwendig. Aus diesem Grunde fand im März eine Bezirkskonferenz in Essen und eine Zahlstellenkonferenz in Köln statt. Das Zusammenarbeiten mit den Ruhrzahlstellen war äußerst rege und auch das Zusammenarbeiten innerhalb des Graphischen Kartells war ein kollegiales. In zwei Sitzungen wurde die Lage im Gewerbe besprochen. Mitgliederversammlungen fanden keine statt, außerdem eine Generalversammlung und zwei Funktionärssitzungen. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 52 Mitgliedern besucht. Von 18 Sitzungen der Ortsverwaltung besaßen sich drei mit der Lohnbewegung und zwei mit der Regelung der Bücher- und Kassenverhältnisse. Um einen besseren Ueberblick über unsere Mitglieder zu erhalten, hat die Ortsverwaltung eine Kartothek angelegt.

Der Mitgliederstand am Ende des Jahres war 139 Kollegen und 146 Kolleginnen, gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von acht Mitgliedern. Die Arbeitslosigkeit machte sich im vorstehenden Jahr stark bemerkbar, waren doch zeitweise 15 Kollegen und fünf Kolleginnen arbeitslos. Differenzen in den Betrieben gab es zur Genüge, sie wurden in der Mehrzahl durch die Tätigkeit der Betriebsräte erledigt. Drei Fälle senden ihre Erledigung durch das Arbeitsgericht.

Die Rassenverhältnisse können als gut bezeichnet werden, wurden doch an Miet- und Weihnachtunter-

sütigungen insgesamt 1360 Mt. ausgezahlt. Wenn trotzdem die Kasse ihren alten Bestand behalten hat, dann ist das ein gefundenes Zeichen.

Kolleginnen und Kollegen! Das kommende Jahr stellt uns noch vor schwierige Aufgaben durch den Ablauf der Tarife. Die Unternehmer gehen auf der ganzen Linie zum Angriff über. Darum heißt es Disziplin leben.

Die am 17. Januar stattgefundenen sehr gut besuchte Generalversammlung nahm den Jahresbericht des Vorsitzenden entgegen. Die Neuwahl brachte folgendes Resultat:

1. Vorsitzender Koll. Meusers, 2. Vorsitzender Koll. Busch, 1. Schriftführer Koll. Möbius, 2. Schriftführer Koll. König, Kassierer Koll. Hagemann, Revisoren die Koll. Bachus und Rothe, Beisitzer die Koll. Schmidt, Stoebe und Kapp sowie Kollegin Immner, Tarifschlichtungsgerichtsbefugter die Koll. Broich, Rothe und Lamberg.

Samburg-Altona. In unserer Monatsversammlung am 12. Januar sprach Kollege Drehwald-Berlin über „Aufstieg oder Niedergang“. Kollege Drehwald gelangte in kurzen Bügen die Ursachen der wirtschaftlichen Konflikte, die durch die Abhängigkeit der großen Masse von den Besitzern der Produktionsmittel entstehen und die erst dann enden werden, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben und diese in die Hände der Allgemeinheit überführt sind. Die Umgestaltung ist sehr schwierig und langwierig und erfordert Geduld und Ausdauer.

Wie groß die Schwierigkeiten dieses Prozesses sind, zeigt uns gerade Rußland, wo man schon seit zehn Jahren versucht, die frühere feudalistisch-agrarische Wirtschaft in eine sozialistische umzustellen und bis jetzt noch kein Endziel gefunden hat und wahrscheinlich auch noch Jahrzehnte brauchen wird, um es soweit zu bringen. Trotz der sonderbaren Einstellung der russischen Internationale gegen die westeuropäische Gewerkschaftsorganisation muß man doch wünschen, daß das Experiment in Rußland gelingen möge, denn das Gegenteil würde ein großer Schaden für die sozialistische Idee sein. Aber gerade diese Schwierigkeiten beweisen uns, daß man nicht nach Schema F eine Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische vornehmen kann. Daher ist es auch zu verurteilen, daß auf Betreiben der Kommunistischen Partei eine unbeschreibliche Sege gegen die deutschen freien Gewerkschaften einseitig wird, die nur zum Nutzen der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiter auslagern muß. Drehwald schilderte dann die Methoden der Gewerkschaftsbekämpfung durch die Kommunisten an Hand von Material und mahnt zur Vernunft und zur aktiven Zusammenarbeit aller überzeugten Gewerkschaftsfreunde gegen die Zerplitterter und Zerstörer, für die Festigung und den Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen.

Die Notwendigkeit größter Einigkeit und Geschlossenheit zeigt nichts besser, als das Bestreben unserer Tarifvereine aus dem Brierer und Münchener-Clabacher Lager diesem Treiben, das in der neuen Verbandsgründung keinen Ausdruck findet werden wir entgegenzutreten und verhindern, daß sie ihr Ziel erreicht. Dazu müssen alle unsere Mitglieder mithelfen dadurch, daß sie die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen unserem Verbands zuführen. Selber sei auch hier die kommunistische Taktik wieder der Helfer der Reaktion, indem die Unorganisierten von den Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften aufgeführt werden.

Dann ging Kollege Drehwald auf die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Finanz- und Wirtschaftsreform mit dem Titel „Aufstieg oder Niedergang“ ein. Der Inhalt dieser umfangreichen Denkschrift läßt sich auf die Formel bringen: Vermehrung der Unternehmerrente und Beherrschung des Staates. Die dazu gemachten Vorschläge laufen darauf hinaus, die direkten Steuern, vor allem Gewerbe-, Hauszins-, Kapitalertrag- und Vermögenssteuer sowie Einkommenssteuer für höhere und mittlere Einkommen aufzuheben bzw. zu ermäßigen und dafür die indirekten Konsumsteuer zu erhöhen und eine Verwaltungs- und Wohnungssteuer zu erheben. Darüber hinaus soll die Sozialversicherung eingeschränkt und eine staatliche Beihilfe für die Arbeitslosenversicherung in Zeiten katastrophaler Arbeitslosigkeit nicht gewährt werden. Die Miete für Altmwohnungen soll auf die Höhe der Neubaumieten gebracht und die Wohnungszwangswirtschaft beseitigt werden. Die Schlichtungs- und Tarifverordnungen soll ebenfalls beseitigt werden, weil der Zwangstarif die Wirtschaft hindere, und die Betriebe der öffentlichen Hand sollen der Privatwirtschaft unterstellt werden. Im gleichen Atemzug wird verlangt die Kartellwirtschaft staatlich zu schützen und zu fördern. Das bedeutet also Freiheit für alle Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und der staatlichen Einrichtungen zugunsten der Unternehmer und Zwang für die Preisgestaltung der Waren zum Schaden der Verbraucher. Wohin das führt, kann man sich ausdenken: Armut und Not für die Arbeiterschaft. Dabei

ist durch den Verlauf der Wirtschaftsentwicklung keine Gewähr geboten, daß mit diesen Maßnahmen auch das Ziel, das die Industriellen erreichen wollen, nämlich eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage, auch wirklich erreicht wird. Nach unserer Auffassung wird das Gegenteil von dem eintreten, was man sich von diesen Maßnahmen verspricht.

Zu dieser Kampfanlage der Unternehmer kommen die Gegenforderungen der Arbeiterschaft auf Augleich der durch die Verhältnisse entstandenen Verteuerung der Lebenshaltung, wozu der Referent einige statistische Wirtschaftszahlen anführte. Diese Forderungen müssen sich, wenn das Programm der Industriellen durchgeführt werden soll, weiter steigern. Dazu kommt die Forderung: Unterbringung der Arbeitslosen im Arbeitsprozeß, was nur dadurch geschehen kann, daß eine merkliche Arbeitszeitverlängerung Platz greift. Die technische Möglichkeit dazu ist gegeben, denn Deutschland leidet nicht an Produktionsmangel von Gebrauchsgütern, sondern an einem Absatzmangel. Nach den durch den Krieg verlagerten Produktions- und Absatzmärkten ist Deutschland darauf angewiesen, die Erzeugnisse seiner Güter in der Hauptsache im Inland abzuleben. Das kann nur geschehen durch die Hebung der Kaufkraft des Volkes, durch guten Lohn und Verdienstmöglichkeit aller arbeitbegehrender Menschen.

Die gegensätzlichen Ansichten über diese Wirtschaftsfragen werden wohl, wie auch schon früher, durch Kampf entschieden werden, und darum ist für die Gewerkschaftsbewegung die Frage: „Aufstieg oder Niedergang“ leicht zu beantworten. Diese Antwort wird für die Arbeiterklasse im günstigen Sinne ausfallen, wenn Einigkeit und Macht auf ihrer Seite sind. Dafür laßt uns alle schaffen und sorgen!

Starter Beifall bewies die Zustimmung der Versammlung zu diesen Ausführungen, die auch in der Annahme nachstehender Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde:

„Die am 17. Januar versammelten Mitglieder der Zahlstelle Hamburg-Altona bringen zum Ausdruck, daß angesichts der zu erwartenden heftigen Wirtschaftskämpfe, die durch das Programm des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Finanz- und Wirtschaftsreform angezeigt werden, die höchste Disziplin und Einigkeit der organisierten Arbeiterschaft notwendig ist. Auf das schärfste ist zu verurteilen, daß gerade jetzt wieder durch eine von der RPD künstlich aufgelegene organisierte Opposition der Arbeiterschaft bei ihren schweren Kämpfen mit den Wirtschaftsmächten Anknüpfel in den Weg geworfen werden. Diesem verbrecherischen Treiben muß entschieden und konsequent entgegengetreten werden. Die höchste Aktivität aller sich ihrer Verantwortung bewußten Gewerkschaftsmitglieder ist dringend erforderlich, um diese Gefahren zu beseitigen.“

Den Machenschaften des „Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der deutschen Papierverarbeitung“ in Bezug auf die Bestämpfung unseres Reichsstarifes ist dadurch entgegenzuwirken, daß alles aufgeboten wird, um die unorganisierten Berufsangehörigen dem Verbanne zuzuführen. Nur dadurch ist es möglich, den Feinden der Reichsstarife energisch auf die Finger zu klopfen.

Bezüglich der Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Finanzreform erklärt die Versammlung, daß eine Verschlechterung der ökonomischen Lage der Arbeiterschaft zu heftigen Abwehrkämpfen führen muß. Eine Wirtschaftsreform mit dem Ziel, die Kaufkraft des eigenen Volkes zu schwächen, hält die Versammlung für das verkehrteste, was geschehen könnte.

Zur Frage der Unterbringung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß verlangt die Versammlung, bedingt durch die gesteigerten Produktionsmöglichkeiten, eine Arbeitszeitverlängerung und sie beauftragt den Tarifausschuß, den Unternehmern geeignete Anträge hierzu zu unterbreiten.

Die Versammlung fordert die gesamte Kollegenschaft auf, sich voll und ganz hinter diese Forderung zu stellen und alles zu tun, ihr lebendige Kraft zu verleihen.“

Tät. Unsere Zahlstelle hielt am 4. Januar eine sehr gutbesuchte Generalversammlung ab, in der der Vorsitzende, Kollege Sedat, einen Bericht über die wichtigsten Ereignisse im abgelaufenen Geschäftsjahr gab. Das ganze Jahr stand im Zeichen einer Dauerkrise. Von 13 Kollegen waren fünf fast das ganze Jahr hindurch arbeitslos. Das kennzeichnete die tröstlose Lage unseres Berufes hier im äußersten Osten, eine Folge der Abtrennung des Remelandes und der damit verbundenen Zollschwierigkeiten. Im Hinblick auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse wurde von gefälligen Veranstaltungen Abstand genommen und nur am 14. Juli ein Ausflug mit Familie unternommen, der einen sehr harmonischen Verlauf nahm. Am gleichen Sonntag nahm unser Vorsitzender die organisatorischen Interessen auf dem Bezirkstag in

Ekking wahr. Im verlaufenen Geschäftsjahr konnten zwei Kollegen ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiern. Es sind dieses die Kollegen Fritz Bartowski und Fritz Gehlke. Wohndifferenzen hatten wir im verflochtenen Jahr nicht.

Infolge unserer sehr schlechten Lokalkassenverhältnisse haben sämtliche in Arbeit stehende Kollegen durch freiwillige Sammlung unsern arbeitslosen Kollegen eine kleine Weihnachtshilfe zukommen lassen.

Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 17 Kollegen, einschließlich zweier Gehrlinge, davon sind sechs Kollegen arbeitslos. Die Vorstandswahl ging rasch vonstatten. Es wurde gewählt: Vorsitzender Sichel, Kassierer Steppat, Schriftführer Hoffmann, Revisoren Bartowski und Kaselak, Kartelldelegierter Hoffmann, Stellvertreter Bülshemweil. Dann folgte die Erledigung einiger interner Angelegenheiten und der unvermeidliche „Stai“ hielt die Kollegen noch recht gemüht beisammen, wobei die überflüssigen Gelder in die neubeschlossene „Gezellenlade“ wanderten. Der Erlös soll für agitatorische Zwecke Verwendung finden.

Inhaltsverzeichnis.

Die Zigarettensteuer und die Arbeitnehmer in der Zigaretten-Kartonnagenindustrie. — Kann die Diskontierung zur Entlastung der Wirtschaft dienen?

30 Jahre Verbandsarbeit in Reutlingen. — Entscheidungen zu unseren Reichsstarifverträgen: Entscheidung des Tarifamtes für das deutsche Buchbindergewerbe (Altfordiaril).

Ein Märchen aus der Wirklichkeit. — Jüdische Inskände in München und in Koffbus.

Zur Unterhaltung: Fufel III. — Eine gute Antwort. Das gute Buch: Die Bücher (Gedicht). — Standorte des deutschen Buchverlags. — Volksbibliotheken. — Bücher in Menschenhaut. — Leos Buchbinder-Kalender.

Die preussische Staatsbibliothek in Berlin. II. — Berichte: Düsseldorf. — Hamburg-Altona. — Tät. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Lokaltbeiträge. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Lokaltbeiträge werden von einigen Zahlstellen über das im Verbandsstatut festgelegte Maß erhoben. Eine Genehmigung des Verbandsvorstandes liegt dazu selbstverständlich nicht vor. Der Verbandsvorstand kann vielmehr aus triftigen Gründen ein solches Verfahren nicht gutheißen. Wir geben daher bekannt, daß Lokaltbeiträge, die mehr als 25 Proz. der Verbandsbeiträge betragen, vom Verbandsvorstand nicht genehmigt sind, auch nicht werden und daß kein Mitglied gezwungen werden kann, Lokaltbeiträge über die im § 45 des Statuts vorgesehene Höhe hinaus zu leisten. Ferner besteht zur Leistung der Lokaltbeiträge für die Mitglieder nur dann eine Verpflichtung, wenn diese vom Verbandsvorstand genehmigt und in der Verbandszeitung unter „Bekanntmachung des Verbandsvorstandes“ publiziert worden sind.

Abrechnungen

vom vierten Quartal 1929 gingen weiter bis zum 28. Januar bei der Verbandskasse ein von:

Berlin 35 000,— Mt., Cottbus 795,35 Mt., Spremberg 410,— Mt., Stettin 1000,— Mt., = Gau Hanfa

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter, K. = Kassierer.

Schwerin I. Medlbg. B. u. K.: P. Wahne, Bergstraße 36 III. — Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Am Monat Januar sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

Annaberg. Max Schulze, Buchbinder, 53 Jahre, Magenoperation.
— Willy Leich, Kartonnagenarbeiter, 31 Jahre, Herzleiden.
Berlin. Emma Liehmann, Kartonnagenarbeiterin, 63 Jahre, Zuckerkrank.
— Karl Duff, Lederarbeiter, 61 Jahre, Zuckerkrank.
— Franz Reiffert, Buchbinder, 65 Jahre, Schlaganfall.
— Frieda Hartmann, Sortiererin, 31 Jahre, Herzleiden.
— Willy Treitin, Hilfsarbeiter, 50 Jahre, Herzleiden.
— Otto Frant, Buchbinder, 60 Jahre, Herzleiden.
— Wilhelm Siebert, Hilfsarbeiter, 59 Jahre, Herzschlag.
— Marie Marotta, Prägerin, 47 Jahre, Tuberkulose.
— Günter Jernikow, Buchbinder, 22 Jahre, Nierenleiden.
— Emmo Kesso, Buchbinder, 49 Jahre, Herzschlag.
— Auguste Schreiber, Falgerin, 53 Jahre, Unfall.
— Richard Brauch, Buchbinder, 22 Jahre, Tuberkulose.
— Käthe Hahn, Falgerin, 17 Jahre, Blinddarmerkrankung.
— Frieda Diedrich, Buchbinderarbeiterin, 46 Jahre, Todesursache (?).
— Frieda Görner, Buchbinderarbeiterin, 31 Jahre, Freitod.

Berlin. Klara Knorrek, Kartonnagenarbeiterin, 35 Jahre, Todesursache (?).
— Gertrud Kurjawa, Lugsapapierarbeiterin, 23 Jahre, Rippenverletzung.
— Martha Dert, Kartonnagenarbeiterin, 34 Jahre, Lungenerkrankung.
Gau Sachsen (Neusalza-Spremberg). Marie Schölzel, Kartonnagenarbeiterin, 29 Jahre, Entbindung.
Eisenberg. Hermann Weigel, Eisensarbeiter, 39 Jahre, Lungenerleiden.
Hannover. Otto Struß, Buchbinder, 46 Jahre, Freitod.
Heilbronn. Alfred Göbel, Buchbinder, 42 Jahre, Kehlkopfleiden.
Karlsruhe. Wilhelm Heiber, Buchbinder, 59 Jahre, Herzschlag.
Leipzig. Karl Uchter, Buchbinderinvalide, 54 Jahre, Herzleiden.
— Kurt Bendler, Buchbinderinvalide, 44 Jahre, Malaria.
— Ernst Wittich, Buchbinderinvalide, 60 Jahre, Herzleiden.
— Albert Sauer, Buchbinderinvalide, 60 Jahre, Herzleiden.
Mannheim. Wilhelm Raach, Buchbinderinvalide, 64 Jahre (Todesursache ?).
Pforzheim. Adolf Heidecker, Eisensarbeiter, 52 Jahre, Leberleiden.
Stuttgart. Hedwig Knapp, Buchbinderarbeiterin, 22 Jahre, Grippe.
— Friedrich Baad, Buchbinder, 63 Jahre, Arterienverkalkung.

Allen ein ehrendes Andenken!